




FRIEDRICH NAUMANN  
STIFTUNG Für die Freiheit.

# TÜRKEI BULLETTIN 09-2020

# IMPRESSUM

## Herausgeber

Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit  
Projektbüro Türkei  
Cumhuriyet Cad. No 107 D 2  
Elmadag-Istanbul 34473  
Türkei

/fnst-turkey.org

## Verfasser

Laura Kunzendorf  
Dr. Ronald Meinardus (RM)

## Redaktion

Dr. Ronald Meinardus

## Stand

Mai 2020

## Hinweis zur Nutzung dieser Publikation

Diese Publikation ist ein Informationsangebot der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit.

Die Publikation ist kostenlos erhältlich und nicht zum Verkauf bestimmt.

Sie darf nicht von Parteien oder von Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden (Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen sowie Wahlen zum Europäischen Parlament).

## Kontakt

Für Hinweise und Anregungen erreichen Sie die Redaktion unter [turkey@fnst.org](mailto:turkey@fnst.org).



# TÜRKEI BULLETIN 09/20

Berichtszeitraum: 6. – 19. Mai 2020

Inhalt: „Dünnes Eis“ – Wissenschaftler warnen vor einer verfrühten Normalisierung. Geringe Sterblichkeitsraten in der Türkei – Soziologische Erklärungen eines viel diskutierten Phänomens. Klamme Kassen – Handlungsoptionen in der schwelenden Finanzkrise. Politische Ränkespiele – Bündnisdiskussionen und Spekulationen über Neuwahlen. Hassreden und Terrorvorwürfe: Religiöse Minderheiten stehen (abermals) im Kreuzfeuer. Nur jeder Zweite ist glücklich – Ein Blick in die aktuelle Jugend-Statistik.

## „Dünnes Eis“ – Wissenschaftler warnen vor einer verfrühten Normalisierung

Die Zahl der amtlich registrierten Corona-Infizierten in der Türkei ist auf über 160 000 gestiegen, die offizielle Zahl der Todesopfer liegt bei 4199 (Stand: 19. Mai 2020, 18 Uhr). Doch der Trend ist positiv: In den vergangenen zwei Wochen ist die Zahl der täglichen Neuinfektionen auf deutlich unter 2000 gefallen, Mitte April hatte Gesundheitsminister Fahrettin Koca durchschnittlich noch rund 4000 Neuinfektionen täglich vermeldet. Angesichts der positiven Entwicklung hat Vize-Präsident Fuat Oktay einen Normalisierungsfahrplan für die kommenden Monate vorgestellt.

Mit dem Ende des Fastenmonats Ramadan enden am 27. Mai die Reisebeschränkungen innerhalb der Türkei. Unter 20- und über 65-Jährige unterliegen ab diesem Zeitpunkt keiner Ausgangssperre mehr; ab Juni sollen die Ausgangssperren am Wochenende der Vergangenheit angehören. Cafés, Schwimmbäder, Fitnessstudios und Kindergärten dürfen ihre Türen wieder öffnen. Auch Hochzeiten dürfen gefeiert werden – so lange die Gäste die gebotenen Hygienemaßnahmen einhalten, versteht sich.

Die halbstaatliche Fluggesellschaft *Turkish Airlines* beginnt ab Juni, im Inland alle regulären Flugziele anzufliegen, wenn auch mit einer Frequenz von 60 % des Normalbetriebs. Auch internationale Ziele stehen wieder auf dem Flugplan: Zunächst will

*Turkish Airlines* 22 Ziele in 19 Ländern anfliegen. Im August sollen die Flieger dann bereits 160 Destinationen weltweit ansteuern.

Nicht alle sind zufrieden mit den Normalisierungsplänen. Insbesondere die Prioritätensetzung hat Debatten ausgelöst. Während Parks beispielsweise geschlossen bleiben, durften Einkaufszentren und Friseure ab dem 11. Mai ihre Türen öffnen. Laut Hüseyin Altaş, dem Vorsitzenden des *Verbandes von Einkaufszentren und Investoren (AYD)* strömten gleich am ersten Tag der Öffnung über 1,2 Millionen Menschen in die Kaufhäuser. Auch Gesundheitsminister Fahrettin Koca musste feststellen: „Heute gab es lange Schlangen und Menschenmassen vor den Türen der Einkaufszentren. Meistens wurde der soziale Abstand nicht eingehalten. Einige trugen nicht einmal Masken.“

Wissenschaftler sehen die Entwicklungen kritisch. Dr. Nilay Etiler vom Wissenschaftskomitee der Istanbuler Stadtverwaltung warnt, das Vorgehen der Regierung vermittele das Gefühl, die Pandemie sei unter Kontrolle: „Mit der Rede von Normalisierung ist die Risikowahrnehmung, die sowieso nicht sehr hoch war, noch weiter gesunken. Das ist gefährlich.“ Die Menschen seien dabei, zu ihren früheren Routinen zurückzukehren, obwohl die Pandemie andauere.

Die Priorisierung von Einkaufszentren im Normalisierungsfahrplan führen Beobachter aus dem Gesundheitssektor und der Wirtschaft auf den Druck von Investoren zurück. Viele der über 400 Einkaufszentren des Landes wurden laut *AYD* mithilfe von Krediten in ausländischen Währungen finanziert. Angesichts der Talfahrt der Lira sähen sich die Investoren nun großen Währungsverlusten gegenüber. Ausbleibende Mietzahlungen gefährden die Gewinne der Investoren zusätzlich.

Insgesamt erwartet der *AYD*-Vorsitzende Hüseyin Altaş für 2020 einen Einnahmen-Rückgang von 40 bis 45 % für Investoren von Einkaufszentren. Die Zahlen müssen Finanzminister Berat Albayrak

alarmiert haben: Fast ein Viertel der Verbraucherausgaben entfallen auf die Kaufhäuser, schreibt der Wirtschaftswissenschaftler Mustafa Sönmez. „Das mag den Eifer zur Öffnung der Einkaufszentren ohne Rücksprache mit dem Wissenschaftskomitee angetrieben haben“, vermutet der Ökonom im Analyseportal *al-Monitor*.

Einige Wissenschaftler, darunter auch der Professor für Öffentliche Gesundheit Kayıhan Pala, zeigen wenig Verständnis für die Normalisierungspolitik: „Wir haben den Eindruck, die Entscheidungen werden nicht auf der Grundlage von Gesundheitsdaten, sondern anhand der Bedürfnisse des Kapitalmarkts getroffen“. Die Türkei bekämpfe nicht die Pandemie, sondern ihre wirtschaftlichen Effekte, mahnt der Professor. Seine Kollegin Pinar Okyay warnt derweil vor einer möglichen zweiten Corona-Welle: „Wir befinden uns auf dünnem Eis“.

### Geringe Sterblichkeitsraten in der Türkei – Soziologische Erklärungen eines viel diskutierten Phänomens

Weltweit zählt die Türkei zu den acht Staaten, die am stärksten vom Corona-Virus betroffen sind. Gleichzeitig sticht sie im Ländervergleich durch eine der niedrigsten Sterblichkeitsraten hervor. Mitte Mai liegt die Zahl der amtlich bestätigten Corona-Todesfälle bei 49 pro einer Million Einwohner. Damit steht die Türkei besser da als Deutschland mit 95 Toten pro einer Million Einwohner (Stand 18. Mai 2020). Während Deutschland in der internationalen Berichterstattung viel Beifall für die vergleichsweise niedrige Sterblichkeitsrate erhält, sorgen die türkischen Zahlen über die Landesgrenzen hinaus für Kontroversen.

Die *türkische Ärztekammer (TTB)* wirft dem Gesundheitsministerium vor, sich bei der Berichterstattung über die Todeszahlen nicht an die Vorgaben der *Weltgesundheitsorganisation (WHO)* zu halten. In den Sterbeurkunden zahlreicher Corona-Patienten würde als Todesursache „Infektionskrankheit“, „Lungenentzündung“ oder gar „natürlicher Tod“ vermerkt. Auch der Istanbuler Bürgermeister Ekrem İmamoğlu meldete Zweifel an der niedrigen Sterblichkeitsrate an. Im Vergleich zu 2019 verzeichne die Metropole – die in der Türkei am stärksten von der Pandemie betroffen ist – dieses Jahr 30-35 % mehr Todesfälle.

Die Politikwissenschaftlerin Evren Balta vom *Istanbul Policy Center* und Professor Soli Özel von der Istanbuler *Kadir-Has-Universität* haben dieses

Phänomen auf dem Blog des *Institut MONTAIGNE* analysiert und sind zu einem viel beachteten Schluss gekommen: Die niedrige Sterblichkeitsrate lasse sich durch die besondere Struktur der türkischen Gesellschaft und des Gesundheitssystems erklären.

Im Unterschied zu anderen Ländern hat die türkische Regierung zu Beginn der Pandemie schnell reagiert und die Corona-Risikogruppen aus dem öffentlichen Leben „verbannt“. Länger als einen Monat mussten sich über 65-Jährige und chronisch Kranke einer strengen Ausgangssperre beugen; diese schloss selbst kurze Spaziergänge aus. Diese Maßnahme, so argumentieren die Wissenschaftler, könnte wesentlich dazu beigetragen haben, die Risikogruppen zu schützen und das Gesundheitssystem nicht zu überlasten.

Die Wissenschaftler verweisen zudem auf eine soziologische Besonderheit: In der Türkei pflegen Familien ihre Eltern und Großeltern in der Regel zu Hause – anders als in vielen europäischen Ländern, in denen Altenheime zu den schlimmsten Corona-„Brennpunkten“ zählen. Und: Insgesamt ist der Anteil der älteren Bevölkerung in der Türkei geringer als in den meisten europäischen Ländern. Laut *Eurostat* ist jeder fünfte EU-Bürger über 65, in der Türkei nur jeder Zehnte, so die amtliche Statistik. Durch die Kombination aus alternder Bevölkerung und kollektiver Betreuung der Älteren hat das Virus in Europa „die gefährdeten Bevölkerungsgruppen erreicht und proportional mehr Leben gefordert“, schreiben Balta und Özel.

Nicht zuletzt ist der Türkei auch die Struktur des Gesundheitssystems zugute gekommen. Während die Zahl der Krankenhausbetten mit 2,8 Betten pro 1000 Einwohner vergleichsweise schlecht abschneidet (Deutschland: 8 Betten pro 1000 Einwohner), verfügt die Türkei über eine relativ hohe Anzahl von Betten in Intensivstationen (Türkei: 46 Betten pro 100.000 Einwohner, Deutschland: 34). Knapp zwei Drittel der Intensivbetten befinden sich in privaten Krankenhäusern. Im Fall, dass ein Intensiv-Patient die vergleichsweise hohen Behandlungskosten nicht schultern kann, übernimmt der Staat die Rechnung. Auf diese Weise sind Intensivstationen für türkische Krankenhäuser eine lukrative Einkommensquelle. In der Vergangenheit hatte dieses Verfahren für Kritik gesorgt. Nun gereicht es der Bevölkerung offenbar zum Vorteil.

## Klamme Kassen – Handlungsoptionen in der schwelenden Finanzkrise

(RM) „Die Türkei ist eines der Länder, die komfortabel und mit ausgeglichener Bilanz aus der aktuellen Situation herauskommen werden“, sagte der türkische Finanzminister Berat Albayrak Mitte Mai. Die internationale Wirtschaftspresse sieht das anders: „Der harte Schlag auf die Zahlungsbilanz durch die Corona-Krise und das schwindende Vertrauen der Anleger in die politische Führung erhöhen die Wahrscheinlichkeit einer Neuauflage der Währungskrise von 2018“, urteilen etwa die Analysten des Informationsdienstes *Capital Economics* in einem aktuellen Länderbericht.

Im Mittelpunkt der wirtschaftspolitischen Diskussionen steht einmal mehr die Landeswährung Lira. Diese ist in den vergangenen Tagen gegenüber dem US-Dollar auf ein historisches Tief abgesackt. Zeitweilig musste man in den Wechselstuben bis zu 7,29 TL für einen Dollar hinlegen, mehr als je zuvor. Der Lira-Kurs hat sich in den zurückliegenden Tagen erholt. Gleichwohl bleiben viele Analysten skeptisch, sehen allenfalls eine kurzfristige Verschnaufpause.

Mit umfangreichen Stützungskäufen hat die Zentralbank versucht, den Absturz unter die psychologisch wichtige Sieben-Lira-Grenze zu verhindern. Die Türkei drückt ein Schuldenberg von rund 170 Milliarden US-Dollar. Im Schatten der Corona-Krise ist die Bedienung der Verbindlichkeiten schwieriger geworden. In normalen Zeiten hätte Ankara die Fehlbeträge mit Einnahmen aus dem Tourismus, Exporten und Investitionen wettmachen können. In allen drei Bereichen muss sich das Land nun auf eine Flaute einstellen.

Angesichts der klammen Kassen ist die Suche nach frischen Einnahmen eine Priorität der Wirtschafts- und Finanzpolitik Ankaras. Dabei richtet sich der Blick vor allem ins Ausland. Finanzexperte Emre Deliveli sagt im Gespräch mit dem *Türkei-Bulletin*, die Regierung habe vier Optionen: Sie könne die Zinsen erhöhen, den *Internationalen Währungsfonds (IMF)* um Hilfe bitten, Swap-Vereinbarungen ausbauen und schließlich Kapitalverkehrskontrollen verhängen. Alle diese Handlungsoptionen haben einen Pferdefuß bzw. einen politisch hohen Preis.

Seit Juli 2019 hat die Zentralbank die Leitzinsen in mehreren Schritten auf derzeit 8,75 % gesenkt. Weitere Zinsschritte bergen die Gefahr einer sogenannten negativen Realverzinsung, die die

Anlage in der Türkei unattraktiv macht.

Beim *Internationalen Währungsfonds* ist die Türkei ein bekannter Kunde. Aber: Das Ansehen des *IMF* ist alles andere als positiv. Mehr als einmal hat Präsident Erdoğan ein Hilfesuch ausgeschlossen. Finanzminister Albayrak hat diese Position zuletzt bekräftigt. In diesem Punkt sind sich Regierung und Opposition ausnahmsweise einig. Laut einer aktuellen Umfrage lehnen 69 Prozent der Befragten ein Hilfesuch an den Währungsfonds ab. Traut man den amtlichen Verlautbarungen, stehen Kapitalverkehrskontrollen nicht auf der Liste der Regierung. „Die Türkei ist niemals vom Weg des freien Marktes abgewichen“, sagte Finanzminister Albayrak Anfang des Monats in einer mehrstündigen Videokonferenz mit internationalen Investoren.

Im Vordergrund der Bemühungen, einen Weg aus der schwelenden Finanzkrise zu finden, stehen Verhandlungen mit befreundeten Regierungen zur Einrichtung von Swap-Abkommen. Mit Katar und China hat Ankara bereits vor der Corona-Krise Swap-Vereinbarungen abgeschlossen. „Wir sind in bilateralen Verhandlungen mit Mitgliedern der G20, mit denen wir ein Handelsdefizit und ein Freihandelsabkommen haben“, erklärte Finanzminister Albayrak Anfang des Monats.

Im Fokus stehe dabei die amerikanische „Fed“, berichten die Medien. Die Reaktionen aus Washington auf das türkische Buhlen sind indes abweisend. Formal geht es um geldpolitische Prinzipien und die oft beklagte mangelnde Unabhängigkeit der türkischen Zentralbank. Die Kommentatoren verweisen auch auf politische Stolpersteine: Erdoğan's Schulterschluss mit dem russischen Präsidenten Putin, der nicht zuletzt im Kauf des russischen Raketensystems S400 einen Ausdruck findet, ist ein Dorn im Auge Washingtons. Dass Erdoğan seine Männerfreundschaft mit Vladimir Putin für einen Swap-Deal mit den Amerikanern aufgeben würde, erscheint eher unwahrscheinlich.

## Politische Ränkespiele – Bündnisdiskussionen und Spekulationen über Neuwahlen

Offiziell sollen die nächsten Parlaments- und Präsidentschaftswahlen erst 2023 stattfinden. Doch Spekulationen über vorgezogene Neuwahlen kommen seit Monaten nicht zur Ruhe. Nun hat der CHP-Vorsitzende Kemal Kılıçdaroğlu die Debatte abermals angefacht, indem er der kürzlich gegründeten Zukunftspartei des ehemaligen

Ministerpräsidenten Ahmet Davutoğlu sowie der DEVA-Partei („Partei für Demokratie und Fortschritt“) des früheren Wirtschaftsministers Ali Babacan seine Unterstützung bei den nächsten Parlamentswahlen anbot. „Wir würden die DEVA- und Zukunftspartei im Namen der Demokratie unterstützen. Das ist auch der Grund, warum wir die Sperrklausel abschaffen wollen. Alle Parteien müssen im Parlament vertreten sein.“ Mit diesen Worten zitiert der Kolumnist Orhan Uğurluoğlu den Oppositionspolitiker in der Zeitung *Yeniçağ Gazetesi*.

Gemäß dem türkischen Parteiengesetz müssen Parteien in über der Hälfte der 81 Provinzen mit einer Regionalorganisation vertreten sein und mindestens sechs Monate vor einer Wahl einen Parteitag durchgeführt haben. Oder – dies ist eine weitere Möglichkeit – die Partei muss im Parlament eine Fraktion mit mindestens 20 Abgeordneten bilden, um an Wahlen teilnehmen zu dürfen.

Rückblick: Bereits 2018 ging die CHP („Republikanische Volkspartei“) mit der damals neuen İyi-Partei („Gute Partei“) ein Wahlbündnis („Bündnis der Nation“) ein und ließ als Teil dieses „Deals“ vorübergehend 15 CHP-Abgeordnete in die İyi-Partei überwechseln. So ermöglichte die CHP der neuen Partei die Teilnahme an den Wahlen und den Einzug ins Parlament. Kommt es vor 2023 zu Neuwahlen, könnte die CHP der DEVA- und der Zukunftspartei den gleichen Dienst erweisen.

Devlet Bahçeli, Vorsitzender der MHP („Partei der nationalistischen Bewegung“) und Erdoğan's Bündnispartner in der „Volksallianz“ sieht das gar nicht gerne: Die MHP forderte die sofortige Änderung des Parteien- und des Wahlgesetzes, um die Oppositionsparteien daran zu hindern, den beiden neu gegründeten Parteien den Weg ins Parlament zu ebneten. Auf ihrer Website bezeichnet die MHP den Plan der CHP als „Schande“ und wirft dem „Bündnis der Nation“ den Verlust jeglicher nationalen Werte und Moral vor.

Die MHP-Stellungnahme belegt die Verhärtung der Fronten zwischen dem „Bündnis der Nation“ und der „Volksallianz“. Noch am 9. Mai hatte Meral Akşener, die Vorsitzende der İyi-Partei, alle Parteien aufgerufen, sich an einen Tisch zu setzen, um über die Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die türkische Wirtschaft zu beraten. Das Angebot zur Zusammenarbeit in der Krise stieß bei der Regierungskoalition von AKP und MHP auf taube Ohren. Die MHP behauptete gar, der von Akşener vorgeschlagene „runde Tisch“ sei ein „FETÖ-Tisch“, bei dem es darum ginge, die als

Terrororganisation eingestufte Gülen-Bewegung hoffähig zu machen.

Nicht nur bei der MHP sorgte die Chefin der İyi-Partei mit ihrem Vorschlag für Ärger: In ihrem Aufruf an die Parteien hatte sie die HDP bewusst ausgeschlossen. Schon früher hatte die Chefin der İyi-Partei Stellung gegen die HDP bezogen, der sie Kooperation mit der Terrororganisation PKK vorwirft.

In der HDP ist die Verärgerung über die İyi-Partei groß. Im Nachrichtenportal *Medyascope* sagte der frühere HDP-Abgeordnete Sırrı Süreyya Önder, die İyi-Partei habe in der Vergangenheit immer wieder den inoffiziellen Dialog mit der HDP gesucht. Umso verärgerter ist die Partei nun, dass die İyi-Partei die HDP in ihrer „Runden Tisch“-Initiative links liegen gelassen hat. Der Ko-Vorsitzende Mithat Sancar wirft der İyi-Partei vor, die Nähe der AKP zu suchen: „Wenn es Euch darum geht, einen Tisch im Präsidentenpalast zu bekommen anstelle einen (gemeinsamen) Tisch für das Land zu bilden, dann seid ehrlich und instrumentalisiert nicht die Opposition dafür“.

### Hassreden und Terrorvorwürfe: Religiöse Minderheiten stehen (abermals) im Kreuzfeuer

Anfang Mai veröffentlichte das islamisch-konservative Magazin *Gerçek Hayat* („Wahres Leben“) eine 176-Seiten lange Sonderausgabe zur Gülen-Bewegung. Diese gilt gemeinhin als der Drahtzieher hinter dem Putschversuch vom 15. Juli 2016.

In der Publikation geht *Gerçek Hayat* der Geschichte der als Terrororganisation eingestuften Gülen-Bewegung nach und unterstellt dieser unter anderem einen christlich-jüdischen Ursprung. Den religiösen Oberhäuptern der jüdischen, griechisch-orthodoxen und armenisch-apostolischen Kirchen in der Türkei wirft das Magazin ebenfalls Gülen-Verbindungen vor. Ohne Beweise anzuführen, beschreiben die Autoren den Rabbiner Isahak Kahleva, den Ökumenischen Patriarchen Bartholomäus I. und den ehemaligen armenischen Patriarchen Snork Kaloustian als Kollaborateure des „Erzterroristen“ Fethullah Gülen.

Die Führungen der religiösen Minderheiten sind wegen dieser Aussagen alarmiert. Immer wieder hat die türkische Regierung den Vorwurf der Gülen-Unterstützung instrumentalisiert, um gegen Oppositionelle vorzugehen. Der 2018 verhaftete (und mittlerweile freigelassene) US-amerikanische

Pastor Andrew Brunson ist das wohl bekannteste Beispiel eines Geistlichen, der sich mit entsprechenden Terrorvorwürfen konfrontiert sah.

Das Ökumenische Patriarchat nahm Stellung zu den Vorwürfen: „Solche Informationen sind extrem gefährlich und könnten zur Ursache von rassistischen Übergriffen werden.“ Auch die jüdische Gemeinschaft drückte auf ihrem *Twitter*-Account Besorgnis aus: „Wir verurteilen die diskriminierenden und provozierenden haltlosen Anschuldigungen. Diese Hasspublikation schadet der Türkei.“ Die Religionsgemeinschaften appellierten an die Regierung, sie gegen die Diffamierungen in Schutz zu nehmen.

Die Reaktionen auf die *Gerçek Hayat*-Publikation waren außerhalb der christlichen und jüdischen Gemeinden dürftig. Zuletzt brachte kein geringerer als Präsident Erdoğan die armenische Minderheit in der Türkei in Verbindung mit dem Terrorismus. In einer Rede am 4. Mai, in der eigentlich die Corona-Pandemie im Mittelpunkt stand, richtete sich der Präsident – wie so oft – auch an die angeblichen „bösen Mächte“ im Land: „Wir werden den Terroristen, die Überreste des Schwertes sind, nicht nachgeben.“ Mit dem Begriff „Überreste des Schwertes“ werden in der Türkei in abfälliger Weise die Überlebenden der Massenmorde und Vertreibungen an Armeniern im Jahr 1915 bezeichnet. „Während diese Worte jeden ausländischen Beobachter schockieren, ist die Öffentlichkeit hier längst an die Hassrede von Erdoğan gewöhnt“, schreibt die Kolumnistin Mehveş Evin in der *Gazete Duvar*.

Laut dem politischen Beobachter Murat Yetkin besorgen die Behauptungen des Magazins *Gerçek Hayat* aus zwei Gründen: Erstens würden sie „in auffälliger Weise“ an Angriffe auf Minderheiten in der Vergangenheit erinnern. Dabei verweist er auf das anti-griechische Pogrom vom September 1955 im Zusammenhang mit Entwicklungen auf der Mittelmeerinsel Zypern. Zweitens sei das Magazin *Gerçek Hayat* kein unbeachtetes Nischenprodukt. Das Blatt gehört zum *Ketebe-Verlag*, der Teil der *Albayrak-Mediengruppe* ist, der wiederum enge Verbindungen zur Regierung nachgesagt werden.

Wenige Tage nach der Veröffentlichung der FETÖ-Sonderausgabe von *Gerçek Hayat* kam es zu einem Brandanschlag auf eine armenische Kirche in Istanbul.

## Nur jeder Zweite ist glücklich – Ein Blick in die aktuelle Jugend-Statistik

Das türkische Statistikinstitut *TürkStat* hat Mitte Mai die Ergebnisse der Studie „Jugend in Zahlen 2019“ vorgestellt. Laut der Studie machen 15- bis 24-Jährige 15,6 % der türkischen Bevölkerung aus. Zum Vergleich: In Deutschland liegt die Quote der jungen Erwachsenen nach Angaben des Statistischen Bundesamts bei nur 8,6 %.

Ein großer Teil der jungen Menschen hat sich hohe Ziele gesetzt: 44 % streben nach einem höheren Bildungsabschluss, also nach einem Hochschulabschluss oder einer vergleichbaren Ausbildung. Die überwiegende Mehrheit bleibt dabei in der Nähe der Familie, im Schnitt verlässt nur einer von zwanzig Studierenden seine Heimatregion für das Studium.

Während ein Großteil die „jungen Jahre“ nutzt, um sich auf die Karriere vorzubereiten, zieht es relativ Wenige in die Ehe. Nur jeder zehnte unter 25-Jährige ist verheiratet. Dabei fällt eine Diskrepanz zwischen den Heiratsquoten junger Männer und Frauen ins Auge: Während unter den Männern 96 % noch nie verheiratet waren, trifft dies auf „nur“ knapp 83 % der Frauen zu. In rund jeder zweiten jungen Ehe haben beide Partner das gleiche Bildungsniveau. Jede dritte Frau gab indes an, mit einem Partner verheiratet zu sein, der ein höheres Bildungsniveau als sie selbst habe.

Rund jeder Dritte der jungen Türken und Türkinnen geht einer Arbeit nach. Diese Beschäftigungsquote ist verhältnismäßig gering, in Deutschland hat laut Angaben der Weltbank beispielsweise fast jeder Zweite unter 25-Jährige einen Job. Der mit Abstand beliebteste Sektor unter jungen türkischen Arbeitnehmern ist der Dienstleistungsbereich – hier arbeitet mehr als jeder Zweite. 28 % sind in der Industrie beschäftigt, knapp 18 % in der Landwirtschaft.

Für die junge Generation wird es zunehmend schwierig, überhaupt Arbeit zu finden: 2018 war jeder Fünfte in der Altersgruppe der 15- bis 24-Jährigen arbeitslos, 2019 traf dies schon auf jeden Vierten zu. Besonders Frauen sind von Arbeitslosigkeit betroffen. Fast jede dritte Befragte gab an, keine Arbeit finden zu können. Insgesamt ist die Rate der jungen Frauen, die weder studieren noch arbeiten, mit 34 % wesentlich höher als die der Männer mit 18 %.

Geht es nach der Zufriedenheit, scheinen die Frauen im Vorteil zu sein. Mehr als 60 % von ihnen

schätzten sich glücklich, unter den Männern traf dies nur auf 50 % zu. Insgesamt stieg die Zufriedenheit der unter 25-Jährigen im vergangenen Jahr leicht an. Während 2018 rund 55 % angaben, zufrieden zu sein, waren es 2019 knapp 57 %. Unter der Mehrheit der Befragten steht die Gesundheit an erster Stelle für ein glückliches Leben. Der zweitwichtigste Faktor ist Erfolg. Die Liebe kommt erst an dritter Stelle – nicht einmal jeder Fünfte der jungen Türken betrachtete sie als den wichtigsten Aspekt eines glücklichen Lebens.



